

SPD sozialdemokratischer pressediens

R/XXVIII/53

16. März 1973

Das Interview des SPD-Pressedienstes

Ohne Sicherheit gibt es keine Entspannung

Seite 1 und 2 / 88 Zeilen

Humane Umwelt - mehr Menschlichkeit !

Zum "Welttag der Behinderten" am 18. März 1973

Von Eugen Glombig MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 78 Zeilen

X. Weltjugendfestspiele - Chance der Begegnung

Warum die demokratischen Jugendverbände nach
Ostberlin fahren

Von Rudolf Hauck MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 5 und 6 / 79 Zeilen

Anti-Hilton-Gefühle gegen Solidarisierung

Probleme der Dritten Welt keine Reisemotive
für Urlauber

Seite 7 und 8 / 86 Zeilen

Das Interview des SPD-Pressedienstes

Ohne Sicherheit gibt es keine Entspannung

Interview des SPD-Pressedienstes mit
dem Bundesverteidigungsminister Georg
Leber MdB, Mitglied des SPD-Präsidiums.

SPD-Pressedienst: Ihre These, Herr Leber, daß alle Bemühungen um Entspannung ständig von der Aufrechterhaltung und Stärkung der Sicherheit begleitet werden müssen, hat in der Bundesrepublik ein bemerkenswertes Echo gefunden: Sie werden von ganz links scharf angegriffen und von rechts laut gelobt. Stört Sie das?

Georg Leber: Ich kann weder das eine noch das andere ändern. Meine These, wie Sie das nennen, ist im übrigen nicht meine Privatangelegenheit. Die enge Verbindung von Entspannung und Sicherheit ist sowohl eine Forderung der SPD als auch eine Kardinalfeststellung in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Aber ich bekenne mich selbst rückhaltlos zu dieser Verklammerung, die nicht aufgelöst werden darf, weil sonst Gefahren auf uns zukommen, die wir nicht mehr in den Griff bekommen oder gar bewältigen können.

SPD-Pressedienst: Das klingt recht dramatisch, und das ist auch nicht recht in Einklang mit der öffentlichen Meinung zu bringen, die diese Gefahren nicht sieht.

Georg Leber: Zum zweiten haben Sie recht, auch wenn meine Warnung von innen dramatisch genannt wird. Was ich sage, das entspricht einer völlig nüchternen und sachgebundenen Beurteilung der Lage heute und vermutlich auch noch morgen. Die Bemühungen, unsere so sehr ernsthaften Anstrengungen um politische und atmosphärische Entspannung und um die sich daraus eines Tages hoffentlich ergebenden Möglichkeiten, weniger für Verteidigung ausgeben zu müssen, sind nichts und werden nichts ohne die verbürgte Sicherheit, von der unsere Existenz als Staat, als Nation, als Gemeinschaft und als Einzelindividuen abhängt.

SPD-Pressedienst: Eine Zwischenfrage, Herr Leber: Es scheint so, als ob weite Kreise der Öffentlichkeit diese Bemühungen um Entspannung bereits als Entspannung ansehen?

Georg Leber: Genau das ist es, genau das! Ein Hauptgrund für meine jüngsten Erklärungen ist die Absicht, diesen Irrtum abzufangen, bevor er gefährliches Gemeingut wird. Wir, und nicht nur wir, sondern sowohl der Westen als auch der Osten, also alle miteinander, stehen erst am Anfang des langen Weges, der zu dem Ziel

Entspannung führen soll und hoffentlich auch führt. Die von Ihnen genannten Kreise der Öffentlichkeit scheinen zu glauben, oder glauben es vielleicht schon, daß wir auf diesem Wege doch schon viel weiter seien. Und manche glauben sogar oder wollen glauben machen, daß wir kurz vor der Verwirklichung der Entspannung stünden. Ich will dieses Gefühl, diesen Glauben nicht einfach abqualifizieren, weil sie natürlich auch Ausdruck einer tiefempfundenen Sehnsucht nach echter Entspannung, nach echtem Frieden, sind; und damit sind sie natürlich eine Bestätigung der moralischen Qualität unserer Entspannungspolitik. Aber dies ist nur die eine Seite. Ich muß doch auch deutlich machen, daß die Bemühungen um die schließliche Entspannung und das Ziel, also die Entspannung selbst, ernsthaft in Frage gestellt werden, wenn Ergebnisse vorweggenommen und zu bereits gegebenen Fakten gemacht werden, die erst einmal erreicht werden sollen. Dieses Risiko muß man offen sehen; ich will es nicht eingehen. Ich nehme auch an, daß das bei richtiger Einschätzung aller Faktoren niemand wollen kann, es sei denn, er agiere nur und entziehe sich der Verantwortung für das Ganze.

SPD-Pressedienst: Wenn wir Sie recht verstehen, Herr Leber, dann geht es Ihnen ganz vordringlich darum, vor Illusionen zu warnen, ohne das Ziel der Entspannung aus den Augen zu verlieren.

Georg Leber: Richtig! Ich warne vor Illusionen, die es bei den verantwortlichen Politikern im Westen nicht gibt und die vor allem auch im Osten nicht zu finden sind. Dort zweifelt kein Mensch daran, daß jeder Schritt zur Entspannung abgesichert werden muß. Und was meinen Wunsch, meinen Willen zur Entspannung, zum Frieden angeht, so kann ich mir niemanden vorstellen, der die Ernsthaftigkeit meines Wunsches und meines Willens in Zweifel ziehen könnte. Meine Herkunft, mein Berufsweg und meine politische Zuordnung machen andere Vorstellungen und andere Handlungen unmöglich. Ich will den gesicherten Frieden, die ungefährdete Entspannung. Das will ich als deutscher Sozialdemokrat und als Bundesverteidigungsminister. Aber ich würde beiden Positionen zuwiderhandeln, wenn ich nicht mit allen meinen Kräften dafür sorgen würde, daß die Entspannung, der Weg dorthin und der Frieden reißfest gesichert werden.

SPD-Pressedienst: Für diese Haltung werden Sie von ganz links als Imperialist und als Militarist gescholten, und von rechts wird vor Ihnen der Hut gezogen, um den "Bayernkurier" zu zitieren.

Georg Leber: Ich sagte schon, ich kann das nicht ändern. Tadel oder Lob - ich kann den Wert solchen Lobs schon richtig ein- und abschätzen -, lassen sich nicht verbieten. Ich kann nur hoffen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik meine Haltung und meine Position, das ist die Position der Bundesregierung und der SPD, als realistisch und vernünftig akzeptiert und unterstützt. Im Ziel treffen wir uns alle. Wir sollten also auch den Weg dorthin gemeinsam gehen können. Ich werde jedenfalls nicht aufhören, dafür zu wirken und dafür zu werben.

(-/16.3.1973/ks/bgy/ee)

Humane Umwelt - mehr Menschlichkeit!

Zum "Welttag der Behinderten" am 18. März 1973

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises

Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Am 18. März 1973 wird der "Welttag der Behinderten" in vielen Ländern Europas festlich begangen. Die über vier Millionen Behinderten in unserem Lande nehmen besonders an diesem Tag das Recht für sich in Anspruch, Staat und Gesellschaft an ihre grose Verpflichtung gegenüber den Behinderten zu erinnern.

Bundeskanzler Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 darauf hingewiesen, daß in den hinter uns liegenden Jahren die soziale Sicherung in unserem Lande wesentlich ausgebaut worden ist. Es heißt in dieser Regierungserklärung u.a. wörtlich: "In dieser Legislaturperiode werden wir uns noch mehr den Menschen zuwenden, die durch persönliches Schicksal am Rande der Gesellschaft leben. Ich meine hier vor allem die Eingliederung der vielen Behinderten und Schwerbeschädigten. Großer Einfallsreichtum ist notwendig, wenn es um die Wiedereingliederung der Behinderten in den Arbeitsprozeß geht. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß einheitliche Leistungen für berufliche, schulische, medizinische und psychische Rehabilitation gewährt werden."

Ebenso wie die Regierungserklärung des Jahres 1969 wird auch diese Regierungserklärung das Bewußtsein der Öffentlichkeit für Probleme der behinderten Menschen in unserer Gesellschaft schärfen. Aber auch von dem diesjährigen "Welttag der Behinderten" sind wertvolle Anregungen für die weitere gesetzgeberische Arbeit zu erwarten. Der Sachverstand der Behindertenverbände wird uns sicher auch an diesem Tag wertvolle Anregungen vermitteln.

Die Leistungen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Rehabilitation in der letzten Legislaturperiode sind beachtlich. Es handelt sich um eine stolze Bilanz, wenn man bedenkt, was auf diesem Felde bisher versäumt worden war, und wenn man bedenkt, welchen Nachholbedarf wir auf diesem Gebiet haben. Die Bundesregierung hat sich damit zum Sachwalter der Behinderten in unserem Lande

gemacht. Das ist für sie eine große Verpflichtung.

Es sollen die Verdienste der Bundesregierung im Bereich der Rehabilitation an dieser Stelle nicht im einzelnen wiederholt, sondern vielmehr einige langfristige Perspektiven der SPD-Bundestagsfraktion zur Lösung der Behindertenprobleme nachstehend dargelegt werden:

1/ Jeder Behinderte muß einen Rechtsanspruch auf alle notwendigen Maßnahmen der Rehabilitation haben. Das ist eine Pflichtaufgabe der Gesellschaft. Den Behinderten allein auf karitative Hilfe zu verweisen, entspricht nicht sozialdemokratischer Auffassung von der Würde des Menschen.

2/ Es ist eine moralische Verpflichtung der Gesellschaft, dafür zu sorgen, daß auch die Schwerstbehinderten in den Schutz der Sozialversicherung einbezogen werden. Das gilt nicht nur für die Behinderten, die in Werkstätten arbeiten können und dürfen, sondern auch für alle anderen Schwerstbehinderten.

3/ Jeder Behinderte muß, unabhängig von der Ursache seiner Behinderung, gleiche Chancen zur Rehabilitation haben. Es ist von vielen Behinderten nicht verstanden worden, daß in unserem sozialen Sicherungssystem Art und Umfang der Leistungen zur Rehabilitation von der Ursache der Behinderung abhängig gemacht werden.

4/ Dem Behinderten sind alle notwendigen medizinischen, schulischen, beruflichen, sozialen und gesellschaftlichen Hilfen zur Verfügung zu stellen, damit er trotz seiner Behinderung ein menschenwürdiges Leben führen und am gesellschaftlichen Fortschritt teilhaben kann.

5/ Ziel der Rehabilitation darf nicht nur die Erreichung bzw. Wiedererreichung der beruflichen Leistungsfähigkeit sein, so wichtig diese Aufgabe auch sein mag. Auch in den Fällen, in denen die Erlangung der Erwerbsfähigkeit nicht möglich ist, müssen alle Hilfen bereitgestellt werden, die der möglichen Selbstentfaltung des Behinderten dienen und ihn von fremder Hilfe unabhängig machen.

Die erste Maßnahme der Bundesregierung zur Erreichung dieser Ziele wird die Vorlage von Gesetzentwürfen zur Angleichung der Rehabilitationsleistungen und zur Novellierung des Schwerbeschädigtengesetzes sein, um bestehende Rechtsungleichheiten zu beseitigen. Es ist ein großes Verdienst der sozialliberalen Bundesregierung, mit diesen beiden Gesetzentwürfen, die demnächst vom Bundestag beraten werden sollen, das Kausalitätsprinzip weitgehend zu überwinden. Die Verabschiedung dieser beiden Gesetzentwürfe wird einen großen sozialen Fortschritt bedeuten.
(-/16.3.1973/bgy/ee)

X. Weltjugendfestspiele - Chance der Begegnung

Warum die demokratischen Jugendverbände nach Ostberlin fahren

Von Rudolf Hauck MdB

Vorsitzender des Bundestags-
Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Vom 28. Juli bis 5. August 1973 finden in Ostberlin die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt. Es ist fürwahr kein Geheimnis, daß die Veranstalter bemüht sind, auf diesem Festival ihre Weltanschauung, ihre Ideen und ihre politischen Ziele herauszustellen und zu propagieren. Überall spricht man vom Wettstreit der Systeme, vergißt dabei aber sehr oft, daß Wettbewerb nur stattfinden kann, wenn unterschiedliche Meinungen zur Diskussion stehen und ein unmittelbarer Austausch von Gedanken, Ansichten, Stellungnahmen und Informationen erfolgt. Daher wirkt es in der Öffentlichkeit peinlich, wenn CDU und CSU die demokratischen Jugendverbände in unserem Lande, zu denen auch die Junge Union gehört, verdächtigen und beschimpfen, weil sie an der Veranstaltung in Ostberlin teilnehmen.

In der DDR treffen sich im Sommer 1973 Zehntausende von jungen Menschen aus fast allen Ländern dieser Erde. Tausende kommen aus der Dritten Welt, aus Asien, Afrika und Südamerika, und es handelt sich dabei keineswegs nur um kommunistische Avantgardegruppen. Es ist wichtig zu wissen, daß alle Erfahrungen gelehrt haben, daß für den einzelnen Teilnehmer großer Ereignisse am Ende nicht das Bild von Massendemonstrationen am stärksten haften bleibt, sondern die vielfältigen persönlichen Eindrücke, Erlebnisse, Gespräche und Begegnungen. Und deshalb ist es auch geradezu anerkennenswert, daß die demokratischen Jugendverbände der Bundesrepublik, von Pfadfindern über die evangelische Jugend, die katholische Jugend, die Gewerkschaftsjugend, die Naturfreunde, die Falken - um nur einige von 16 zu nennen - bis zur Jungen Union, den Jungdemokraten und den Jungsozialisten, sich vorgenommen haben, nach Ostberlin zu fahren.

Sie wollen die Möglichkeit zur Information, zur Aussprache, zur Zusammenarbeit, zur politischen Diskussion und zur Darstellung der eigenen politischen Auffassung nutzen und ausschöpfen. Wer sich das Programm ansieht, wird feststellen, daß nicht Massenveranstaltungen dominieren, sondern viele Möglichkeiten gegeben sind, um im Rahmen von politischen, kulturellen und sport-

lichen Veranstaltungen einen Beitrag zu leisten, der die Vielfalt unserer Jugendarbeit und unserer gesellschaftlichen Ordnung darstellt. Man darf doch nicht verkennen, daß auch die junge Generation unseres Landes danach drängt, mit dazu beizutragen, daß die internationale Entspannung gefördert, Vorurteile abgebaut und die Freundschaft und Verständigung zwischen jungen Menschen aus aller Welt ausgebaut werden. Unsere jungen Teilnehmer werden sich nicht manipulieren lassen, und wer einmal Einblick in die intensive Vorbereitungsarbeit nimmt, wird erkennen, daß schon im Vorfeld eindrucksvolle politische Bildungsarbeit geleistet wird, die sich nicht nur auf die Festival-Teilnehmer auswirkt, sondern der Gesamtarbeit der Verbände zugute kommt.

Dies aber wollen die Kritiker nicht sehen. Der CDU-Sprecher Willi Weiskirch z.B. hebt ständig mahnend seinen Zeigefinger und spricht von "prinzipiellen Bedenken". Der CSU-Abg. Dr. Zimmermann wird gleich massiv und bezeichnet alle Teilnehmer, und damit die demokratischen Jugendverbände einschließlich der Jungen Union, als "nützliche Idioten". Und das alles kommt von einer Opposition, die in der Deutschland- und Ostpolitik ständig die Forderung nach freiem Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen erhebt. Von einer Opposition, die das europäische Jugendwerk auf osteuropäische Staaten ausdehnen will und die noch vor drei Jahren ein deutsch-polnisches Jugendwerk als Voraussetzung für die Ratifizierung des Warschauer Vertrages forderte. Wie ernst muß man eigentlich solche Vorstellungen nehmen, wenn man jetzt schon vor einer einwöchigen Begegnung ängstlich warnt? Hat man kein Vertrauen zu unserer jungen Generation oder fürchtet die Opposition einfach generell die Diskussion mit Kommunisten?

Niemand konnte doch erwarten, daß unsere junge Generation bei einem weltweiten Jugendtreffen, das sich praktisch vor unserer Haustür abspielt und in eine Phase internationaler Annäherung und Entspannung fällt, nur die Rolle des Zaungastes spielen würde. Daher ist die Teilnahme nicht zu verurteilen, sondern zu begrüßen, zumindest aber zu respektieren.

Wir Sozialdemokraten vertrauen darauf, daß die Teilnehmer der demokratischen Jugendverbände aus der Bundesrepublik Deutschland, die sich gegenüber anderen Teilnehmern klar abgegrenzt haben, unsere demokratische Grundordnung und die Vielfalt unserer politischen Anschauungen frei und objektiv darstellen und vertreten werden. Wir sind davon überzeugt, daß sie damit den jungen Menschen und den Bürgern der DDR und vielen ausländischen Teilnehmern, von denen einige nachher auch unser Land besuchen werden, ein eindrucksvolles Bild der Bundesrepublik vermitteln und damit einen Beitrag für Frieden, Verständigung und Aussöhnung leisten.

(-/16.3.1973/ks/va)

+ + +

Anti-Hilton-Gefühle gegen Solidarisierung

Probleme der Dritten Welt keine Reismotive für Urlauber

Vor weniger als zehn Jahren war eine Reise nach Ost- oder Westafrika nur Leuten mit dicken Geldbeutel vorbehalten. Heute ist eine Urlaubsreise in die ostafrikanischen Wildreservate für Herrn und Frau Jedermann nichts besonderes. Eine Woche einschliesslich Flug und Vollpension gibt es schon unter 1.000 DM. Im interkontinentalen Nahtourismus etwa nach Algerien werden 14 Tage für 860 DM geboten. Der moderne Massentourismus - oder Sozialtourismus - verkauft auch zu erschwinglichen Preisen Strand und Palmen, Foto-Safari oder Touren durch die Wüste unter tropischer oder subtropischer Sonne. Und dieser Tourismus expandiert! Der Reisemarkt wächst weiter, war auf der Börse des Tourismus in Berlin zu hören, gut belegt durch Statistiken der IUOTO (International Union Official Travel Organisations) in Genf.

Warum reisen so viele Deutsche in Länder der Dritten Welt, in denen, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, der Wohlstand nicht gerade zu Hause ist, und die mit schwierigen Problemen von Mangelernährung, Analphabetismus und von fehlenden Arbeitsplätzen zu ringen haben? Interessieren sich diese Touristen für die Probleme dieser Staaten, in denen sie als Weiße für die Urlaubswochen von Schwarzen oder Dunkelhäutigen verwöhnt werden? Reisen sie zurück nicht nur mit belichteten Filmen im Koffer, auf denen tanzende Orientalen im bunten Kostüm oder Slums unter dem Stichwort Folklore zu sehen sind, sondern auch mit nachdenklichen Gedanken im Kopf über die Probleme dieser Entwicklungsländer?

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (EMZ) hat mit einer Materialsammlung zum Thema "Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Tourismus" die längst laufende Diskussion über die Auswirkungen des modernen Massentourismus auch offiziell eröffnet. Schlagen die Touristen aus der Bundesrepublik mit ihren Urlaubsreisen nach Kenya, Togo, Kamerun, Senegal, Indien, Thailand usw. eine Brücke der Verständigung, wie das der Tourismus in Europa teilweise getan hat? Diese Frage ist auch von kritischen Köpfen in den Zielländern selbst gestellt worden, und der indische Karikaturist Laxman, der mit spitzem Zeichenstift auch durch die Bundesrepublik gereist ist, läßt seinen indischen Tourismus-Staatssekretär antworten: Ich bin für Drinks, Nachtclubs, gutes Essen, Attraktivitäten im Touristenverkehr. Aber - wer garantiert mir, daß unsere Landsleute all dieses nicht auch haben wollen?

Tatsächlich gibt es bei Politikern, Intellektuellen und Studenten der Touristik-Entwicklungsländer sog. "Anti-Hilton-

Gefühle" gegen die touristischen Enkel der früheren Kolonialherren (Konferenzbericht aus Limuru/Kenya, 16. April 1970, wobei die Teilnehmer sinnigerweise im Hilton-Hotel in Nairobi tagten). Die Materialsammlung des BMZ weist darauf hin, daß es bisher über die Auswirkungen des internationalen Tourismus auf die Sozial- und Wirtschaftsstrukturen der Entwicklungsländer und der sich daran anschließenden politischen Verhaltensweisen kaum Untersuchungen gibt. Die "Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer" hatte deshalb vom 26. Februar bis 15. März 1973 in Berlin, Genf und Tunesien ein internationales Seminar zum Thema "Die wirtschaftlichen und sozialen Implikationen des Tourismus" veranstaltet, auf dem die Entwicklung des internationalen Tourismus in den frankophonen Ländern Afrikas diskutiert und einer Klärung näher gebracht werden soll.

Der Verfasser der BMZ-Materialsammlung liebäugelt mit einer Solidarisierung der deutschen Touristen mit den Menschen ihrer Zielländer. Zwar weiß man speziell über die Urlaubsmotivation der in Entwicklungsländer reisenden Touristen bisher recht wenig, wie der Geschäftsführer eines großen bundesdeutschen Reiseunternehmens darlegte, aber man weiß, daß es bei den wenigsten die Absicht ist, fremde Länder und Menschen und ihre teilweise recht explosiven Probleme kennenzulernen. "Ein Urlaubsort oder eine Urlaubsreise soll für den Normaltouristen Distanz zu den Bezügen des Alltags bringen, nicht jedoch die Notwendigkeit einer Neuanpassung in andere Verhältnisse", sagt E. Scheuch in "Soziologie der Freizeit". Und die meisten Urlauber werden wohl so denken.

Entsprechend verkaufen die Reiseunternehmen den Urlaubern alles das, was Distanz zu ihrem Berufsalltag bringt: Strand ohne Termine, gelassenes Sichverhalten und Gehenlassen ohne Stress, Verzauberung durch orientalische Ferne. Die Berichterstatteerin einer großen deutschen Wochenzeitung wurde in Jamaica von ihrem einheimischen Begleiter auch durch die Slums geführt, weil er verständliche Ressentiments gegen die "Luxus-Gettos" der Touristen hatte. Seine Forderung: Die Touristen sollen sich für die Probleme der Jamaicaner interessieren. "Aber um das zu studieren, muß niemand nach Jamaica fahren. Das sind Probleme, die jedes unterentwickelte Land hat. Sie sind hoffnungslos und deprimierend", resümierte die deutsche Journalistin.

Man kann wohl schon vor den erwarteten Analysen über Touristen-Motivation sagen: Solidarisierung mit den Einheimischen werden wohl nur wenige Touristen wollen. Die Forderung danach wird auf handfeste Verkaufsinteressen der Reiseunternehmen stoßen.

Heinz Ockhardt
(-/16.3.1973/bgy/fh/ja)

+ + +